

Landesverband freie Theaterschaffende Berlin

Wahlprüfstein 1

*Auf struktureller Ebene wurde der Nachholbedarf für den Bereich Tanz von der Berliner Kulturpolitik erkannt und seit 2004 einige wichtige Initiativen umgesetzt (Tanzbüros Berlin, TanzZeit, Neu- bzw. Umbau Uferstudios, EDEN*****, Staatliche Ballettschule Berlin, Finanzierung Pilotphase Hochschulübergreifendes Zentrum Tanz).*

*a) Welche Strategien wären denkbar, um diese infrastrukturellen Errungenschaften nachhaltig zu sichern? Können Sie dem Bereich Tanz langfristig genügend Produktionsmittel einräumen, um die Nutzung und die Rentabilität von Strukturen wie dem Eden**** und den Uferstudios zu gewährleisten und auch den Absolventen der Hochschulen perspektivisch eine Arbeitsgrundlage in Berlin zu schaffen?*

Antwort:

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde der Nachholbedarf für den Bereich Tanz erkannt und es konnten bereits in den letzten Jahren neue Strukturen zur Stärkung des Tanzes in Berlin geschaffen werden. Projekte wie TuSCH, TanzZeit und die HZT sind in die Senatsverwaltung für Bildung überführt bzw. angesiedelt worden, um die klare Zuständigkeit zu untermauern. Die Einrichtungen, die mit öffentlichen Fördergeldern ins Leben gerufen wurden, sollen sich auf lange Sicht etablieren können. Wir haben großes Interesse daran, ihnen ein langfristiges Arbeiten zu ermöglichen. Da werden wir keinen Schritt zurück machen.

Wahlprüfstein 2

Nur 3,9% des Gesamtetats des Landes Berlin für Institutionen im Bereich Theater/Oper/Tanz (2010/2011) fließen in institutionelle Förderung des Tanzes (Staatsballett Berlin, TBB, anteilig Sasha Waltz & Guests, Konzeptförderung Dorky Park). Der Tanz wird somit nicht paritätisch zu den anderen Sparten bedacht.

a) Wie stehen Sie zu einer solchen Verteilung und was würden Sie gegebenenfalls zur Kompensation dieses Ungleichgewichts an institutionellen Mitteln für den Tanz in Berlin vorschlagen?

Antwort:

Der Bereich Tanz hat in der laufenden Legislaturperiode eine Intensivierung in der Förderlandschaft erfahren. Wir halten an der Ausgestaltung der Förderlandschaft fest, die die Freie Szene stärkt und versuchen, mit den vorhandenen Mitteln den Tanz auf sichere Beine zu stellen.

Wahlprüfstein 3

Zentrale und etablierte Strukturen wie das Festival „Tanz im August“ und die Kompanie „Sasha Waltz & Guests“ werden ausschließlich, respektive zu 50% über Mittel der kurzzeitigen Projektförderung (HKF bzw. Berliner HH-Titel 68610) finanziert. Diese Mittel stehen Einzelprojekten demnach nicht mehr zur Verfügung.

a) Sehen Sie die Möglichkeit, solche gewachsenen Strukturen institutionell über das Land Berlin (oder ggf. den Bund) zu verankern, ohne dabei die Etats der kurzzeitigen Projektförderung zu reduzieren?

Wahlprüfstein 5

Das Berliner Fördermodell für die Freien Darstellenden Künste sieht die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Fördermodulen vor. Durch die Abführung von Mitteln aus dem Etat der Konzeptförderung (Umwandlung konzeptgef. Institutionen in HH-Titel) ist ein Nachrücken etablierter, projektgeförderter Künstlergruppen in die Konzeptförderung nur durch Umschichtung von Mitteln aus der Basis/Einzelprojektförderung möglich. Dies wiederum lässt die Fördermöglichkeiten über diesen Etat stagnieren.

a) Wie wollen Sie die Durchlässigkeit des Berliner Fördermodells für die Freien Darstellenden Künste gewährleisten, ohne dass eine Institutionalisierung von Projekten jeweils die Beschneidung jener Förderetats bedingt, die kurzzeitiger und mittelfristiger Förderung vorbehalten sind?

Antwort zu 3 und 5:

Ein Aufwuchs des Kulturhaushalts ist aufgrund der Berliner Haushaltssituation nicht zu erwarten und um das gerade begonnene „Umschwenken“ hin zur Freien Szene nicht wieder zurück zu nehmen, sehen wir keine Möglichkeit einer weiteren institutionellen Förderung neben den bestehenden Verpflichtungen. Von der Grundidee der verschiedenen Förderstufen mit eventueller Durchlässigkeit sind wir nach wie vor überzeugt, da diese Entscheidungen auf einer besonders gesehenen Qualität individuell getroffen wird.

Wahlprüfstein 4

Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern evaluiert derzeit die Haushaltsplanung Berlins.

a) Welche Bereiche des Kulturhaushaltes sollten innerhalb eines evtl. anstehenden Sanierungsprogramms und angesichts der Schuldenbremse prioritär bewahrt werden?

b) Würde Ihre Partei eine Zweckbindung für Kultur einer evtl. einzuführenden Touristenabgabe („City Tax“) unterstützen, und wenn ja, in welchem Ausmaß?

Antwort:

a) Bisher konnte der Kulturhaushalt stabil gehalten werden und sogar Aufwüchse verzeichnen. Die Kultur ist und bleibt das große Berliner Zugpferd, allerdings auch nicht von allein, dessen sind wir uns bewusst. Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, die Gelder, die für Kultur in Berlin zur Verfügung stehen, so zu verteilen, dass sowohl die kulturelle Vielfalt, als auch Innovation und Tradition Bestand haben werden.

b) Die SPD wird gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden, der Berlin Tourismus Marketing „visitBerlin“ sowie den Berliner Hotels und Gastronomen über die Einführung einer „City Tax“ beraten. Über die Verteilung der Erträge einer „City Tax“ sind kontroverse Diskussionen zu erwarten. Für die Beteiligung des Kulturhaushalts an den Erträgen einer „City Tax“ werden wir uns stark machen.

Wahlprüfstein 6

Auf Grund zu niedrig gewährter Zuwendungen, liegen Künstlerhonorare darstellender Künstler selbst in senatsgeförderten Projekten häufig unter jeglichem Mindestlohnsatz (z. T. bis zu 2,03 €/H). Zuwendungsempfehlungen in ausreichender Höhe kann die Jury mit eingestelltem Etat nicht geben. Bereits jetzt kann laut Juryselbstaussage lediglich ein Mindestmaß an förderungswürdigen Anträgen berücksichtigt werden; eine Verringerung würde dem Anspruch an Vielfalt und Bandbreite widersprechen.

a) Ist die von TanzRaumBerlin, ztb e.V., LaFT und Tanzbüro Berlin aufgestellte Forderung einer Honoraruntergrenze für darstellende Künstler bei öffentlich geförderten Projekten von 2000 €/ Monat AG-Brt. (100% Stelle) mit Blick auf die momentane soziale Lage freischaffender Tanz- und Theaterschaffender Berlins angemessen? Welche finanziellen Maßnahmen würde Ihre Partei dafür unternehmen?

b) Wie können Sie gewährleisten, dass eine Honoraruntergrenze für Tanz- und Theaterschaffende in geförderten Projekten nicht zu einer Reduktion an geförderten Projekten führt?

Antwort:

Grundsätzlich steht die SPD zur Förderung der sozialen Sicherheit für Künstlerinnen und Künstler und wir haben keinen Zweifel an der von Ihnen angegebenen Honoraruntergrenze. In der generellen Absicherung steht die SPD zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In den kommenden Jahren wollen wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur und Medienberufen zu starten. Einen Einschnitt in der Anzahl der geförderten Projekte, bei Durchsetzung einer Honoraruntergrenze, ließe sich aufgrund der Haushaltslage allerdings nicht vermeiden und muss individuell entschieden werden. Dies wird eine der großen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode sein, die Förderstruktur, der sozialen Realität der Künstlerinnen und Künstler anzupassen und dennoch der Förderung der Vielfalt an künstlerischen Gestaltungsformen gerecht zu werden.

Wahlprüfstein 7

Der Landesverband Freie Theaterschaffende (LAFT) Berlin fördert die Strukturbildung der Freien Darstellenden Kunst in Berlin durch Vernetzung und Kommunikation nach innen und außen, durch Kooperationen mit zahlreichen anderen kulturellen Initiatoren der Stadt und bundesweit, durch Diskursbildung und Beratung der freien KünstlerInnen. Der Verband steht im Dialog mit der Berliner Politik und vertritt die Interessen der Freien Darstellenden Kunst auch im Berliner Rat für die Künste. Diese Aufgaben können nach Auslaufen der Stelle aus der „Initiative KulturArbeit Berlin“ im Dezember 2011, allein auf der Basis ehrenamtlicher Tätigkeit des LAFT Berlin Vorstands nicht mit der notwendigen Kontinuität weiter verfolgt werden.

a) Sind Sie an dem Ausbau der begonnenen Vernetzung, Strukturbildung und Qualifizierung der Freien Theaterschaffenden in Berlin interessiert und unterstützen Sie die Geschäftsstellenfinanzierung des Landesverbands Freie Theaterschaffende Berlin ab 2012?

Antwort:

Wir begrüßen die Vernetzung und Professionalisierung der Strukturen der Freien Theaterschaffenden in Berlin und bieten uns bereits jetzt, auch der Geschäftsstelle des LAFTs, als politische Ansprechpartner und Begleiter ihrer Arbeit an.